

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

28.10.1924 (No. 252)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. u. d. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kopierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, zwangsweiser Beibehaltung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Erlaubnischein für den Handel mit Vieh und Fleisch

Es ist beabsichtigt, die Vorschriften über den Verkehr mit Vieh und Fleisch einer Umarbeitung zu unterziehen. Da es infolge der Auflösung des Reichstags nicht mehr möglich sein wird, die Neuregelung noch im laufenden Jahre durchzuführen, hat der Minister des Innern die Gültigkeitsdauer der bis 31. Dezember 1924 laufenden Erlaubnischeine für den Handel mit Vieh und Fleisch vorübergehend bis auf weiteres verlängert. Es bedarf also wieder eines Antrages des Inhabers des Erlaubnischeins nach einem Vermerk auf dem Schein. Deshalb entfällt auch der Anfall einer Taxe.

* Beginn des Wahlkampfes

Der Beginn des Wahlkampfes ist diesmal charakterisiert nicht durch Wahlrufe und Wahlreden, sondern durch Parteitagungen, die den Zweck haben, die Gegensätze innerhalb der Parteien auszugleichen, um für die Entscheidungsschlacht eine einheitliche Front herzustellen. Es gibt wohl keine einzige Partei im Reich, die nicht mit solchen Gegensätzen, und zwar Gegensätzen schwerwiegender Art, zu rechnen hat.

Die Veranlassung dazu ist in der Tatsache zu suchen, daß seit einiger Zeit wieder wirtschafts- und sozialpolitische Fragen das Terrain beherrschen, also Fragen, bei deren Erörterung sich erfahrungsgemäß die Gemüter besonders zu erhitzen pflegen, weil ja ihre Beantwortung immer mehr oder minder mit den materiellen Interessen des Einzelnen, mit den Interessen des Geldbetrags verknüpft ist. Darüber hinaus sind es prinzipielle Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik, die gerade jetzt eine Beantwortung erfordern, so z. B. die Frage der Arbeitszeit oder die des Schutzes. Aber selbstverständlich wird auch hinter einer noch so prinzipiell aufgestellten Diskussion immer wieder der Interessenstandpunkt des Einzelnen sichtbar. Und nur wenige Volksgenossen lassen sich finden, die wirklich befähigt sind, unbefangenen und ohne eine durch Interessen bedingte Trübung des Blicks diese Dinge zu betrachten.

Unser eigener Standpunkt zu diesen Fragen ist von vornherein gegeben. Er läßt sich kurz zusammenfassen in den Satz, daß auch hier mit aller Klugheit und mit aller Zielbewußtheit versucht werden muß, eine mittlere Linie des Ausgleichs zu finden, eine Linie, die gleichweit von den einzelnen Interessenstandpunkten entfernt ist und so nach am besten die Gewähr einer gerechten Lastenverteilung bietet. Man mag verfassungspolitisch noch so weit links oder noch so weit rechts stehen; hier auf diesem Gebiet kann sich staatspolitisch nur eine Politik der Mitte bewähren. Es wäre ein Unheil, wenn der einseitige Standpunkt einer Gruppe, maßgebend für das Ganze werden würde.

Greifen wir den wichtigsten Gegensatz, den zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, heraus, so würde eine einseitige Arbeitnehmerpolitik letzten Endes, indem sie die Arbeitgeber schädigt, die Wirtschaft als Ganzes schädigen und so auch auf die Lebenshaltung der Arbeitnehmer selbst ungünstig einwirken. Und umgekehrt gilt das Gleiche: eine einseitige Arbeitgeberpolitik erzeugt sozialpolitische Kämpfe, Streiks und Unruhen und gefährdet damit auch die Interessen der Arbeitgeber. Die Wirtschaft ist aufs äußerste an einer Konsolidierung der politischen Verhältnisse, an einem Zustand sozialpolitischer Ruhe interessiert. Wollen wir unserer Verpflichtung nach außen genügen — und nur so werden wir wieder unsere volle Freiheit erringen —, so müssen wir alles vermeiden, was diesen Zustand der Ruhe und des Friedens beeinträchtigt. Die außenpolitische Mühsal läuft aber mit der innerpolitischen auf derselben Linie. Die Erfüllung unserer Verpflichtungen bedingt Produktion und Arbeitsvermehrung im Innern, damit aber doch auch gleichzeitig eine Senkung des allgemeinen Wohlstandes. Denn selbst bei relativ nicht sehr hohen Löhnen wird sich der Arbeiter (im weitesten Sinne dieses Wortes) noch immer besser stellen, als wenn er lediglich auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen ist.

Nach den bisher vorliegenden Berichten über den Zentrumsparteitag in Berlin hat sich auch die Zentrumspartei durch den Mund ihrer hervorragenden Führer für eine Politik des Ausgleichs, für eine Politik der mittleren Linie erklärt. Und die gleiche Politik des früheren Reichsanz-

lers Dr. Wirth hat offenbar ganz im Dienst dieser Idee gestanden. So ist es zu verstehen, wenn heute bereits die Zentrumspresse von der in Berlin neubestätigten Einmütigkeit ihrer Partei spricht.

Stresemann als Führer der Deutschen Volkspartei hat sich gleichfalls für eine Politik der mittleren Linie erklärt. Und das wird grundsätzlich auch durchaus dem Willen der Parteimehrheit entsprechen. Aber es gibt doch zwischen der Haltung des Zentrums und der der Deutschen Volkspartei recht bezeichnende Unterschiede. Während man auf Seiten des Zentrums die Frage „Schutzoll oder Freihandel?“ als eine Frage sorgfältigster Prüfung bezeichnet, hat sich die Deutsche Volkspartei schon zu mindestens 75 Proz. für den Schutzoll festgelegt. Auch sonst wird befürchtet, daß die Deutsche Volkspartei letzten Endes doch in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht mehr nach der Seite der Arbeitgeberinteressen hinneigen könnte. Wenn in der Karlsruher Rede des deutschvölkischen Reichstagskandidaten Curtius — wir referierten gestern über diese Rede objektiv, wie wir über alle bedeutenden und ernstzunehmenden Ereignisse des Wahlkampfes in Baden objektiv berichten werden, — von einer Aufwertung in der Höhe von 50 Proz. gesprochen wird, so ist das doch wohl eine Wahlagitation, deren Eigenart sich noch einmal bitter rächen kann. Will die Partei des Herrn Curtius, wenn sie wieder in der Reichsregierung sitzen sollte, wirklich für eine Aufwertung in dieser Höhe eintreten? Wenn sie es aber will, hat sie sich dann auch schon, sei es auch nur eine Sekunde lang, überlegt, ob und wie sich diese Forderung realisieren läßt?

Was die Deutschdemokraten betrifft, so beweisen ihre Parteitagungen, daß in der Tat die Wahlkreisorganisationen durchaus hinter der Politik der Fraktion stehen. Wenn wir die bisherigen Kundgebungen der führenden Persönlichkeiten dieser Partei richtig verstanden haben, so will sie verfassungspolitisch eine Partei der bürgerlichen Kräfte sein, wirtschafts- und sozialpolitisch aber gleichfalls eine Politik der mittleren Linie unter besonderer Schonung der wirtschaftlich schwachen Elemente vertreten.

Für die Sozialdemokraten ist es wichtig, daß auf dem Landesparteitag in Sachsen der sächsische Parteistreit mit Rücksicht auf die Wahlen begraben wurde.

Saben so die hier genannten Parteien bis jetzt die inneren Gegensätze recht erfolgreich überwunden oder doch annähernd ausgeglichen, so befinden sich Deutschnationalen, wo der alldeutsche Flügel Separatistengruppe zeigt, Deutschvölkische und die Kommunisten in einem Zustand offener Krisis.

Diese drei Parteien sind es denn auch, die bei den Hamburger Wahlen am Sonntag die Besche bezahlen mußten, während sich Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei glänzend, Deutschdemokraten mit Würde behaupteten. Die Deutschvölkischen haben bei diesen Wahlen eine schledhtin vernichtende Niederlage erlitten. Aber auch Deutschnationalen und Kommunisten sind ganz erheblich geschwächt worden. Wenn es auch zu weit geht, diese Wahlen geradezu als Generalprobe für die kommenden Reichstagswahlen zu bezeichnen, so kommt ihnen doch symptomatische Bedeutung zu. Und es ist durchaus möglich, daß die Reichstagswahlen eine ähnliche Tendenz aufweisen werden, wie die in Hamburg. In einer Hinsicht wünschen wir dringend eine Änderung: die Wahlmündigkeit muß überwunden werden. Es ist schon beinahe ein Skandal, wenn nur die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich (einschließlich der besetzten Gebiete) erfuhr in der ersten Oktoberhälfte eine Abnahme um rund 40 000, nämlich von 613 000 auf 473 000. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 463 000 am 1. Oktober auf 427 000 am 15. Oktober, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 50 000 am 1. Oktober auf 46 000 am 15. Oktober zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen unterstützter Vollerwerbsloser) hat sich von 649 000 auf 598 000 verringert.

Der Reichspräsident bewilligte der Deutschen Schillerstiftung zur Unterstützung deutscher Dichter und Schriftsteller eine jährlich wiederkehrende Zuwendung von 10 000 Mark aus dem Dispositionsfonds.

Der Ausschuss für das Unterrichtswesen, dessen Einsetzung in der vom Reichsminister des Innern einberufenen Konferenz der Unterrichtsminister der Länder beschlossen wurde, wird in der zweiten Hälfte des November zusammenzutreten. Der Ausschuss wird sich in seiner ersten Sitzung mit dem Abschluß einer bereits vorbereiteten Vereinbarung über die deutsche Oberschule und die weiteren organisatorischen Fragen des inneren Schulwesens sowie mit der Lehrerbildung zu beschäftigen haben.

Die Vorbereitung der Reichstagswahlen

Die Einreichung der Kreiswahlvorschläge

Reichstag, 27. Okt. Nach dem „Reichswahlgesetz“ müssen die Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Wahlvorschlags sind. Der Reichsminister des Innern empfahl für Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, diese Glaubhaftmachung ohne weiteres anzusehen. Zu diesen Parteien zählen folgende: Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund, Deutschdemokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationalistische Volkspartei, Deutschsozialistische Partei, Landliste, Liste der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftsgemeinschaft der Deutsch-Hannoverschen Partei und Wirtschaftspartei.

Aus den Parteien

Dr. Gummel Spitzenkandidat in Magdeburg. Auf dem Bezirksverbandstag Magdeburg-Anhalt der Deutschen Demokratischen Partei wurde am Sonntag beschlossen, den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Dr. Gummel-Heidelberg in Magdeburg als Spitzenkandidaten aufzustellen. Bisheriger Inhaber des Mandats war Reichsminister a. D. Schiffer.

Das „M.D.“ hört, daß die Versuche der aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgeschiedenen früheren Angeordneten, bei der Deutschen Volkspartei Kandidaturen zu finden, gescheitert seien. In diesem Zusammenhang teilt das Blatt mit, daß die Gründung einer „Liberalen Vereinigung“ geplant sei.

Der Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern, der in München tagte, hat den Großadmiral Tirpitz wiederum als deutschnationalen Spitzenkandidaten in Aussicht genommen. Als Wahlparole wird bezeichnet: Beseitigung des Unitarismus der bisherigen Reichsregierungen, Rettung der Staatlichkeit Bayerns, Wiederherstellung der Monarchie in Bayern und dem Reich. Dafür soll also Tirpitz eintreten.

Wie die „Völkische Zeitung“ hört, hat Fürst Bismarck das Angebot des deutschnationalen Landesverbandes Weser-Ems, für den Reichstag zu kandidieren, abgelehnt.

Die Deutschnationalen und die Richtlinien des Reichsanzlers

Reichstag, 27. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Äußerungen des Grafen Westarp über die Verhandlungen zur Erweiterung der Regierung in Nr. 504 der „Kreuzzeitung“ sind in wesentlichen Punkten unrichtig. Es ist unbegründet, daß Westarp bestritten, daß die Deutschnationalen die Richtlinien des Reichsanzlers vorbehaltlos anerkannt. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß bei den maßgebenden letzten Verhandlungen zwischen dem Reichsanzler und den deutschnationalen Beauftragten in Anwesenheit auch des Reichsministers Brauns sowie Stresemanns vom Reichsanzler kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß die Verhandlungen nur unter der Voraussetzung weiter geführt werden könnten, daß die Deutschnationalen die Richtlinien nicht nur als Grundlage weiterer Verhandlungen betrachten, sondern dieselben rücksichtslos als maßgebend für die Regierungsbildung anerkennen würden. Die Deutschnationalen sprachen diese Anerkennung ausdrücklich und vorbehaltlich ihrer näheren Formulierung aus. In der Regierungserklärung wurde ferner gar kein Zweifel gelassen, daß der wesentlichste Punkt der Richtlinien die Festsetzung der durchgängigen Durchführung der Dames-Gesetze darstelle. Dagegen wurde kein Widerspruch seitens der deutschnationalen Verhandlungsführer erhoben. Es ist ferner unrichtig, daß wie Westarp schreibt — es an Vorbehalten entscheidender Art gegen die Richtlinien nicht gefehlt habe. Es war von Vorbehalten in den entscheidenden Punkten überhaupt nicht die Rede.

Der Wahlanruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt einen Wahlanruf an seine Mitglieder, in dem es heißt:

„Es darf bei dieser Wahl eine Versammlung der republikanischen Parteien von den Monarchisten und Kommunisten nicht geprengt werden. Wir haben als Reichsbannerleute alle Versammlungen der republikanischen Parteien zu schätzen, die Aufhebers, falls solche vorhanden, zu entfernen.“

Wer mit dem Versammlungsausschuss allein ist es nicht getan. Jeder unserer Kameraden hat die Pflicht, mit allen Kräften im Rahmen seiner Partei für deren Sieg und damit für die republikanische Sache zu arbeiten. Wir können als republikanische Verfassungsparteien nur die Sozialdemokratische, die Demokratische und die Zentrumspartei anerkennen. Zwergepartei, auch wenn diese sich republikanisch nennen und es vielleicht auch gut meinen, zerplittern nur die Kräfte und schaden der republikanischen Sache.

Die genannten republikanischen Parteien haben große, ja grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, eins aber haben sie alle gemeinsam, den Willen zur Erhaltung der Republik und damit des Deutschen Reiches. Angesichts dieses hohen Zieles glauben wir, nicht dringend genug raten zu können, die Austragung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der republikanischen Parteien in Wort und Schrift während dieses Wahlkampfes zu unterlassen. Wir alle haben einen gemeinsamen Feind, die reaktionären Monarchisten und deren Helfer, die Kommunisten. Diese Niederzuringen, ist das Gebot der Stunde, darum:

Schützt die Versammlungen der republikanischen Parteien! Arbeitet mit allen Kräften, jeder für seine Partei! Unterläßt die Austragung von Meinungsverschiedenheiten! Mittelt alle Säugigen, Männer und Frauen, auf! Stärkt unseren Bund, das Reichsbanner, mit allen Kräften!“

Um die Auflösung des sächsischen Landtages

DD. Dresden, 27. Okt. Nachdem sich der sozialdemokratische Landestag gestern für die Auflösung des sächsischen Landtages ausgesprochen hat, wird sich der voraussichtlich am 4. Nov. zusammentretende Landtag sofort mit dieser Frage zu befassen haben. Die Landtagswahlen gleichzeitig in den Reichstagswahlen am 7. Dez. vorzunehmen, wäre indessen nur noch möglich, wenn vorher das sächsische Wahlgesetz, wonach die Wählerlisten mindestens vier Wochen vor dem Wahltermin aufzulegen müssen, abgeändert würde. Es müßte vor der Auflösung des Landtages noch ein Gesetzentwurf verabschiedet werden, der die vorgesehene Frist von vier auf drei Wochen herabsetzt. Der Ältestenrat und die Fraktionen nehmen die Arbeiten bereits am 1. Nov. auf.

Eine programmatische Rede des Reichskanzlers

Auf dem Reichsparteitag des Zentrums in Berlin hielt Reichskanzler Brüning eine große programmatische Rede, in der er zunächst auf die Außenpolitik zu sprechen kam. Er führte dabei u. a. aus:

Es gibt nur Ansätze im Völkerverkehr zum Willen dauernder friedlicher Zusammenarbeit. Es ist unsere Pflicht als Volk, diesen schwachen Willen zu stärken. Unser Ziel ist klar und unverändert und unser Recht auf ein Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland, frei von Ketten und frei von militärischer Bewachung, verlangt ein Großdeutschland, in dem die großdeutsche Nation vereinigt ist, verlangt ein Deutschland mit Kolonien, damit dieses friedliche Deutschland ein Absatz- und Austauschgebiet für Rohprodukte und Waren hat. Dieses heilige Recht, als freie Nation zu leben, haben wir nicht verwirklicht. Deutschlands Alleinschuld am Kriege ist eine Mär. Wir erstreben die Befreiung von dem Schuldbelastung aus moralischen Gründen. Es wäre eine unheilvolle Selbsttäuschung, wenn wir annehmen wollten, der Nachweis, daß uns nicht die Alleinschuld am Kriege aufgebürdet werden kann, würde auch zur Folge haben, daß wir unserer Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag ledig würden. Der Weg zum Ziele, eine freie Nation zu werden, ist hart und dornenreich. Wir haben materielle Opfer schwerer Art in den letzten Jahren gebracht und werden sie auf Grund des Londoner Vertrages auch in Zukunft bringen. Die Annahme des Waffenstillstandes, des Versailler Friedensvertrages, des Londoner Ultimatus und des Londoner Vertrages sind für uns Etappen auf dem Wege zur Freiheit. Einig ist unser deutsches Volk im Ziele der endgültigen Befreiung, uneinig über den Weg zu diesem Ziele. Aber die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht eine ruhige und friedliche Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt. Und so erstrebt diese Mehrheit eine Verständigung mit unseren früheren Gegnern in der Hoffnung, so nicht nur Deutschland zu befreien, sondern auch den Frieden Europas und der Welt zu sichern. Der Kanzler kam dann auf die Reparationsfrage zu sprechen, die nach dem Abschluß des Londoner Vertrages endlich in die Bahnen einer ruhigen leidenschaftslosen Entwicklung gebracht worden sei, die aber mit dem Londoner Vertrag noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Der Vertrag bringe in sich einen Teil, der zu Verbesserungen und vollkommener Lösung dränge. Die Siegerstaaten hätten bei der jüngsten Völkerbundversammlung in Genf ebenfalls den Willen zur Abrüstung bekundet. Mögen sie ans Werk gehen! Deutschland sei zu lokaler Mitarbeit im Völkerbund bereit, auch wenn dem in dem Versailler Vertrag geschaffenen Völkerbunde noch mancherlei Unvollkommenheiten anhaften.

Auf die innere Politik übergehend bezeichnete es der Kanzler als Pflicht, sich freudig zur Verfassung zu bekennen. Die demokratische Idee der Volksgemeinschaft stehe leider auf fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Das Zentrum dürfe nicht grundsätzlich das politische Zusammengehen mit rechtsgerichteten Parteien verweigern, wenn diese nur vorbehaltlos die Verfassung als rechtsverbindlich anerkennen. Es verwerfe aber auch ebensowenig grundsätzlich das Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei.

Der Kanzler warnt davor, die Begriffe Zentralismus und Föderalismus zu Schlagworten werden zu lassen. Bismarck habe in dem gleichen Geist in diesen Dingen zu kämpfen gehabt. Er habe die Frage machtpolitisch gelöst. Wir müssen versuchen, sie gesinnungspolitisch zu lösen. Das Ziel sei klar; es sei nur in natürlicher Gliederung in einem demokratischen Deutschland zu erreichen. Schwarz-Rot-Gold sei nicht die Verkörperung und Verkennung von Schwarz-Weiß-Rot, sondern das Symbol für das politische Streben, das gesamte deutsche Volk in natürlicher Gliederung ohne Vormachtstellung eines einzelnen Teiles zusammenzufassen.

Der Kanzler behandelte des weiteren ausführlich die wirtschafts- und finanzpolitische Lage. Die deutsche Regie-

rung sei zur Zeit bemüht, durch den Abschluß von Handelsverträgen der deutschen Volkswirtschaft die ihr gebührende Stellung in der Weltwirtschaft zu verschaffen. Bei den Verhandlungen lasse sie sich leiten von der Überzeugung, daß der Export die oberste Forderung für uns sei.

Die Regierung sei unter bestimmten Voraussetzungen entschlossen, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Die jetzige Regelung der Arbeitszeit dürfe nur als Notbehelf angesehen werden. Die Steuerfahndung müsse in Zukunft gelockert werden. Eine andere Frage sei es, ob nicht die Vereinfachung des Steuersystems und der Steuerverwaltung möglich sei.

Nach einigen Ausführungen über unsere Kulturpolitik schloß der Kanzler: Die in den letzten Jahren beobachtete Politik der Verständigung und Anbahnung vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten, auch mit denjenigen, mit denen wir im unseligen Weltkrieg die Waffen gekreuzt haben, hat uns sichtbare Erfolge gezeitigt. Es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn das deutsche Volk diesen Weg verlassen würde. Bei dem kommenden Wahlkampf muß mit aller Entschiedenheit die Bedeutung der Außenpolitik in den Vordergrund gestellt und eine Zusammensetzung des Reichstages erstrebt werden, die uns die Fortsetzung dieser Politik gewährleistet.

Die Inangsetzung des Dawesplanes

Die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen

DD. Paris, 27. Oktober. Die vorbereitende Konferenz der alliierten und amerikanischen Finanzfachverständigen für die auf der Londoner Konferenz beschlossene Zusammenkunft der alliierten Finanzminister zur Regelung der Fragen, die sich auf die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen beziehen, wurde heute vormittag in Abwesenheit des Finanzministers Clementel durch den französischen Sachverständigen Baron, Generalsekretär der französischen Delegation bei der Reparationskommission, eröffnet. Im Verlaufe der Sitzung setzten die Delegierten das Arbeitsprogramm für diese Woche fest. Die alliierten Finanzminister nahmen an der Konferenz erst teil, nachdem durch die Sachverständigen die verschiedenen, auf der Tagesordnung stehenden Fragen gelöst worden. Das erste Problem, das die Sachverständigen prüfen werden, betrifft die Verteilung der Reparationszahlungen, die Deutschland 1923 leistete.

Bevorstehende Aufhebung des Belagerungszustandes

DD. Berlin, 27. Oktober. Wie verlautet, beabsichtigt das französische Oberkommando, den Belagerungszustand für das neudefinierte Gebiet aufzuheben. Gleichzeitig wird es die von ihm erlassenen Arretees in der Gesamtzahl von 186 aufheben und durch 20 neue Bestimmungen ersetzen, die im wesentlichen den Ordnungen der Rheinlandskommission nachgebildet sind. Selbstverständlich wird hierdurch das Rheinlandabkommen nicht etwa vertragsmäßige Grundlage der Okkupationsgewalt im neudefinierten Gebiet; vielmehr ändert dies nichts an dem außervertraglichen Zustand der dortigen Besatzung.

Nähernahme weiterer Ausweisungen

DD. Koblenz, 27. Oktober. Die Rheinlandskommission nahm weitere Ausweisungen zurück. Es bleiben noch 13 aus politischen Gründen erfolgte Ausweisungen in der französischen Zone und 5 in der belgischen Zone des altbesetzten Gebiets bestehen, bezüglich deren die deutsche Abordnung noch verhandelt. Eine Reihe von Beamten wurde wieder in ihr Amt zugelassen, wodurch die Zulassungen in die Reichsverwaltungen nahezu vollständig erledigt sind. In den preußischen Kommunalverwaltungen sind noch etwa 10 Amtszulassungen rückständig. Wegen dieser und einer größeren Anzahl noch nicht zugelassener Beamten des belgischen besetzten Gebietes dauern die Verhandlungen noch an.

Übergabe von Ruhrgebiets

Mitteilungen aus Gelsenkirchen zufolge sind die gesamten Anlagen, die der Gelsenkirchener A.G. gehören, gestern von der französischen Verwaltung geräumt und den deutschen Eigentümern zurückgegeben worden. Für heute erwartet man die Übergabe der drei von den Franzosen und Belgiern noch betriebenen Zechen.

Das Hochverratsverfahren gegen Kriebel. Die „Post. Ztg.“ meldet aus München, daß das Hochverratsverfahren gegen den bayerischen Führer v. Kriebel nunmehr eröffnet worden sei. Ein Beauftragter des Reichsgerichtshofes habe vor einigen Wochen den ehemaligen Generalstaatskommissar v. Kriebel, General v. Krosow, Seizer, Fritsch und Köhler benommen. Das Ergebnis dieser Vernehmungen habe zur Eröffnung des Strafverfahrens gegen Kriebel geführt.

Politische Neuigkeiten

Der Reichsfinanzminister über die finanzielle Lage Deutschlands

Im Rahmen eines Vortragsabends über die Auswirkungen des Dawesplanes sprach in Hamburg im großen Saale des Hotels Atlantic Reichsfinanzminister Dr. Luther über die finanzielle Lage Deutschlands nach dem Dawesabkommen. Der Redner erörterte eingehend den vielgestaltigen und strittigen Fragenkomplex des Londoner Abkommens, die Art der Zahlungsbedingungen und das Übertragungsproblem. Der Weg von Versailles nach London, von der rein politischen zur wirtschaftlichen Einstellung und zu der Erkenntnis der Transfers, die die Zukunft entscheidend beherrschen dürfte, bewiese, daß jede Stellungnahme zu dem Abkommen und zu seinen Auswirkungen von der Anschauung abhänge, die man habe, daß es sich um Dinge handle, die durchaus im Fluß und dauernder Entwicklung unterworfen seien. Unsere Aufgabe werde es sein, die übernommenen Verpflichtungen so zu erfüllen, daß der Strom der Entwicklung für uns in günstige Bahnen gelenkt wird. Angesichts der Schwere der Deutschland auferlegten Bedingungen lasse sich mit Gewißheit nur das eine sagen, daß die Erfüllung auf keinen Fall erfolgen könne, wenn Deutschland nicht wieder an den freien Weltverkehr angegliedert werde. Die Forderung nach freier Wirtschaft und Befreiung aller Kreditie auf das absolut notwendige, d. h. geschäftlich bedingte Maß, getragen von zäher Arbeit und Sparsamkeit sei besonders zu erheben, wo die Reichstagsaufhebung die Entwicklung um Monate zurückgeworfen haben dürfte.

Der bayerische Finanzminister gegen Steuerermäßigungen für die Landwirtschaft

DD. München, 27. Okt. Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages trat der Finanzminister Krausnick den Anträgen des bayerischen Bauernbundes und der bayerischen Volkspartei (seiner eigenen Partei) auf Steuerermäßigungen für die Landwirtschaft scharf entgegen und betonte, er könne nicht anerkennen, daß gegenüber anderen Wirtschaftszweigen eine ganz besondere Notlage der Landwirtschaft gegeben sei. Die Regierung werde bei der Reichsregierung wegen Verlängerung der Sommerkredite für die Landwirtschaft vorstellig werden. Würde man den Anträgen Folge geben, so würde das einen Ausfall von 40 bis 45 Millionen im Haushalt ergeben. Den Weg des Schuldenmachens für laufende Ausgaben zu beschreiten könne er nicht mitmachen. Die Hauhaushaltssteuer, gegen die sämtliche Minister die schwersten Bedenken geltend machten, wurde den Ländern zur Pflicht gemacht und müsse erhoben werden. Die Frage der Einkommensteuer könne nur vom Reichstag entschieden werden. Es gehe nicht an, daß der Landtag sich mit Fragen beschäftige, die nicht in seiner Zuständigkeit liegen. Schließlich erklärte der Minister, er werde aus den Beschlüssen des Hauses die Konsequenzen ziehen. Die Anträge werden am Mittwoch weiterberaten.

Um den deutsch-spanischen Handelsvertrag

DD. Berlin, 27. Okt. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelslages richtete an das Auswärtige Amt, an das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft folgendes Telegramm: Der Deutsche Industrie- und Handelslag erhebt scharfsten Protest gegen die Verträge des Weinbaues, das deutsch-spanische Handelsabkommen zu Fall zu bringen. Die Industrie, Handel und Schifffahrt namentlich auch des besetzten Gebietes wie überhaupt der gesamten Wirtschaft verlangen baldige Ratifikation. Der Deutsche Industrie- und Handelslag erwartet, daß die Reichsregierung an dem Vertrag, der für bestimmte Industriezweige eine Lebensfrage bedeutet, unbedingt festhält und dadurch eine unabweisbare Schädigung unseres Auslandsabfahres verhindert, dessen Ausdehnung nach Annahme der Londoner Vereinbarungen eine unabweisbare Notwendigkeit geworden ist.

Zum Urteil gegen die Organisation Consul

DD. Die Münchner Korrespondenz Hoffmann meldet halbamtlich: „In der Hauptverhandlung, die vorige Woche vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen die Mitglieder der Organisation Consul wegen Scheimbündelei stattfand, erfolgte die Berufung der Richter in einer Weise, die mit dem Abkommen zwischen der bayerischen Regierung über die Bildung des Süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes nicht vereinbar erscheint. Die bayerische Staatsregierung unternahm unzulänglich hiergegen die erforderlichen Schritte bei der Reichsregierung.“

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Leipzig erfährt, beabsichtigen, die im Prozeß Organisation Consul Verurteilten

Badisches Landestheater

Zum erstenmal: „Die Rose vom Liebesgarten“

Das badische Landestheater hat nun mit der Erstaufführung der „Rose vom Liebesgarten“, die in dankenswerter Weise durch Freunde des Komponisten ermöglicht wurde, den Überblick über die drei musikalischen Hauptwerke von Hans Pfitzner vervollständigt. Solches ist anzuerkennen, auch wenn es reichlich spät geschieht, — denn die Partitur der Rose ist nicht erst gestern, sondern schon Mitte der neunziger Jahre geschrieben — und wenn in diesem Fall es sich um ein Werk handelt, das trotz seiner, dem „Armen Heinrich“ und dem „Palestrina“ gegenüber blühenderen Sprache von der Geburtsstunde an (Elberfeld 1901) nirgends festen Boden faßte. Im Lauf der Jahre ist sein Rauber sogar noch stärker verblüht, zumal man heute auch zu Pfitzners Persönlichkeit selbst eine ganz andere Einstellung hat. Wir sehen in ihm keinen Musikdramatiker und erst recht keinen Opernkompontisten, wir schätzen ihn aber in überragender Weise als absoluten Musiker. Diese grundsätzliche Unterscheidung muß man scharf hervorheben, sofern man überhaupt Pfitzner als schöpferischer Natur gerecht werden will. Wo immer Pfitzner zu einer fremden oder eigenen Dichtung Musik schreibt, wird es mehr oder minder interessante Sinfonie und zwar so sehr, daß das Musikalische die dichterische Sphäre unerträglich belastet, während umgekehrt die Bühnenvorgänge unter solch sinfonischer Einleitung ungebührlich leiden. Das war schon im „Armen Heinrich“ so, das bestätigte der „Palestrina“, und die gleich lose Kombination von zwei inhaltlich völlig getrennten Welten bringt alle Versuche um die „Rose vom Liebesgarten“ zum Scheitern, obwohl Pfitzner gerade mit diesem Werk ein neuromantisches Stimmungsdrama zu schaffen wählte.

Der Textdichter James Grün, der schon zu Pfitzners Erstlingswerk das Buch schrieb, soll auf das Sujet der Rose durch

*) Klavierauszug mit Text sowie Textbuch sind bei Max Brockhaus in Leipzig verlegt.

ein frühes Sans Thomabild, das den „Hüter vom Liebesgarten“ darstellt, aufmerksam geworden sein. Dieser Hinweis auf die Entstehungsart scheint mir sehr wichtig, bietet doch sich darin das volle Eingeständnis für das Unromantische, Unbeholfene des Textbuches, aber vielleicht schafft diese nicht entscheidende Erklärung dennoch die Möglichkeit, Zugang und Schlüssel zu dieser romantischen Oper zu finden. Ohne weiteres leuchtet ein, daß das Szenarium auf schöne Bildwirkungen hin entworfen wurde, aber beim Bildhaft-Malerischen ist's leider nicht geblieben; was der Textdichter als solcher dazu geben wollte, ist märchenhafte Überromantik und künstlich konstruierte Symbolik, allerdings in so dünnen Versen, daß man sich noch heute wundern muß, wie ein Mann vom geistigen Rang Pfitzners sich von solchem Gestammel musikalisch anregen lassen konnte. Da es der Sprache an jeglicher Begriffsstärke fehlt und manches Wichtige also unbelichtet bleibt, ist vor allem die schwere Zugänglichkeit der symbolischen Idee nicht zu begeben. Es liegt wie ein Schleier über dem Werk, in dem man sich ohne eingehende Erläuterung überhaupt nicht zurechtfinden kann. Es mag dem Dichter etwa vorgeschwebt haben, den Dualismus von Gut und Böse, hellstem Tag und hellster Nacht zu schildern, aber seine dichterische Ader war zu schwach, um bei der Verkörperung dieser abstrakten Begriffe erstens eine feelmäßige Entwicklungslinie zu finden, und zweitens diese ins Dramatisch-Erforderliche umzubiegen. Man nehme zum Vergleich einmal Wagnerische Vorbilder dieser Art, etwa den Parsifal, als dessen weltliches Gegenstück die Rose zu gelten hat, oder den Lohengrin, um sofort den Unterschied zwischen dem sanften Lyriker, der das Belle und das Dunkle gar nicht zu mischen weiß, und dem geborenen Dramatiker vor Augen zu haben!

Doch genug von dem schlechten Textdichter, um dessen willen das Werk schließlich nicht aufgeführt wurde. Ist wenigstens Pfitzners Musik noch lebenskräftig? Klärt sie als Paraphrase oder Variation die symbolischen Gedankengänge, die in das Textbuch so verworren hineingeflochten? Überwindet sie die offensichtliche Langeweile des Textes? Wehret sie durch schöpferische Potenz? Sieht man sich vor der Beantwortung all dieser Fragen die Pfitznerische Musik sehr genau und unvor-

genommen an, so kommt man auch hier zu einer Verneinung. So schildert Pfitzner z. B. die strahlenden Augen des Liebesgartens im Vorspiel in ewigen und doch nicht-ternen Dur- und fast ausschließlich mit einem Motiv. Genügt dies aber wirklich, um die sonnendurchflutete frühlingssche Heiterkeit des Paradieses hervorzujaubern? Erreicht die Naturbildung des 1. Aktes nur entfernt den 2. Akt „Stegfried“, mit dem man übereifrig diese Partie in Parallele gestellt hat? Sind die Offenlagen in der Tat moderne Sommer-nachtsraum-Phantastik? Ist die Tropfenmusik zu Anfang des zweiten Aktes wirklich so originell, wie manche Pfitzner-rechtre behaupten, oder ist etwa des Nachwanderers Reich mit wahrhaft dämonischer Kraft geschilbert? Bringt es Pfitzners Musik endlich fertig, die leidliche und festliche Minneleide in einer Einheit zu begreifen? Ich glaube, man hat Anlaß, diese prinzipiellen Fragen zu verneinen, aber doch beizufügen, daß Pfitzner in Einzelheiten in manchen geistigen und unheimliche Gründe hinabgetaucht ist, die von fraglos bedeutender Meisterhaftigkeit zeugen. Während ist so das Ende des 1. Aktes, patend die trostlose Todesstimmung am „Winter-tor“, genial geradezu die charakteristischen Zwischenszene der ellen Zwerge, von starker Erfindungskraft die oder jene lyrische Einzelstelle. Doch im ganzen fehlte es zu sehr an plastischen Ausdrucksmitteln, an wirklich großer Entwicklung und dramatisch anseuernder Linie. Mühsam wird ein umfangreiches, füngendes, angedes und stumm agierendes Inventar zum Beschluß gebracht, der aber auch musikalisch keine eindeutig befriedigende Lösung bietet. Der Rose geht es wie allen Pfitznerwerken: Man weiß nie recht, ob sie nun wirklich eigene innere Wärme haben oder nur wie Quecksilberfäden steigen und fallen, je nachdem sie durch äußere Einflüsse erwärmt oder abgekühlt werden. Damit hängt aber auch die merkwürdige Tatsache eng zusammen, daß Pfitzner wohl überall eine Gemeinde findet, doch nirgends ein Publikum. Soweit die Gemeinde vorgeföhrt am Aufführungsort der Rose verammelt war, ließ sie es natürlich an Beifall nicht fehlen, das Publikum blieb jedoch stumm. . . .

Der hiesigen Erstaufführung ist, obwohl es sich um eine reichlich verästelte wie problematische Angelegenheit handelt,

durch Verbringung neuer Kassen, die dem Gericht in der ersten Verhandlung nicht bekannt waren, eine Wiederannahme des Verfahrens zu erreichen, da es gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes keine Berufung gab. Die Angeklagten stützen sich darauf, daß die Ansicht des Gerichts über die Organisation des Consuls sich wesentlich geändert hätte, wenn eine Reihe von Zeugen, wie der Untersuchungsrichter Dr. Richter, der Reichspresschef Dr. Spieder und andere gehört worden wären.

Das Hamburger Wahlergebnis

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis liegt nunmehr vor. Die Wahlbeteiligung betrug 66 bis 68 Prozent. In der nachstehenden Aufstellung sind hinter den Stimmzählern die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 und hinter den Mandaten die Zahl der Mandate, die sich auf Grund dieser Reichstagswahl ergeben würden, in Klammern angegeben.

Deutsch-Demokraten	71 438	(81 514)	21	(21)
Sozialdemokraten	174 115	(173 587)	53	(46)
Deutsche Volkspartei	74 604	(76 482)	23	(20)
Deutschnational	92 167	(122 004)	28	(31)
Deutsch-Völkisch	14 343	(37 757)	4	(10)
Zentrum	8 883	(9 612)	2	(2)
Unabhängige	1 591	(3 206)	0	
Kommunisten	81 224	(114 365)	24	(30)
Genossenschaftliche	6 798	(0)	2	
Niedererwerb	7 048	(0)	2	
Bohnenzuchtende	3 583	(0)	1	
Freier Wirtschaftsbund	2 307	(3 206)	0	
Hausfrauenbund	88	(0)	0	
Grundbesitzer-Sonderl.	2 842	(0)	0	
Volkswirtschaftsbund	264	(0)	0	

Die alte Wählerliste setzte sich aus 69 Soz. Dem., 23 Dem., 31 Mitgliedern der D.D.P., 18 D.Nat., 17 Komm. und 2 Centr.-Mitgliedern zusammen. Danach haben bei den Wahlen verloren: Dem. 9, Soz. Dem. 16, D.D.P. 8. Gewonnen haben D.Nat. 10, Komm. 7, Nat. Soz. 4, während Zentrum seinen bisherigen Besitzstand behauptete. Im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ergibt sich allerdings ein anderes (das oben wiedergegebene) Bild. Es haben die Deutschnationalen, Kommunisten und Völkischen erheblich an Stimmen eingebüßt, während die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten ungefähr ihren Besitzstand behaupteten und die Demokraten nur rund 11 000 Stimmen verloren. In der neuen Wählerliste werden nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen die Demokraten und Sozialdemokraten nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügen.

Die Wären in China

Paris, 28. Okt. Aus Shanghai wird gemeldet: Man kündigt aus autorisierter Quelle an, daß Wu-Pei-Fu in Tientsin angekommen sei und daß Lo-Pai, das auf halbem Wege zwischen Tientsin und Peking liege, Truppen aufmarschieren habe. Wu-Pei-Fu habe in einer Besprechung mit dem diplomatischen Korps den General Fung als Vertreter bezeichnet und bestätigt, daß Tiao-Kun General Wu-Pei-Fu Befehl gegeben habe, Maßnahmen zu ergreifen, um das Land zu befreien. Wu-Pei-Fu erklärte, er ziehe eine Armee von 100 000 Mann zusammen, um Fung niederzuwerfen und die Ordnung wiederherzustellen. Er sei Herr der Eisenbahn Peking-Lo-Pai. Weiter erklärte er, daß die Truppen Tschang-Hsin auf den Eisenbahnen eintrüben. Wu-Pei-Fu befehligt sich jetzt auf die Verteidigung der Front Shanghai-Anan.

Paris, 28. Okt. Nach einer Meldung des New York Herald aus Tientsin scheint infolge der Vorbereitungen des Generals Wu-Pei-Fu, welcher Maßnahmen trifft, um General Fung die Hauptstadt zu entreißen, ein neuer Schlag Peking zu bedrohen. Die Führer der Volksarmee, an der Spitze General Fung, und seine Verbündeten, haben sich gestern versammelt und Yuan-Ghi-Sin zum Oberkommandierenden gewählt. Dr. Wang, der zum provisorischen Premierminister und Minister des Äußeren ernannt worden sei, sei hinsichtlich der Bildung einer neuen Regierung noch unentschieden, obschon er bereit sei, Minister für auswärtige Angelegenheiten zu werden. Der internationale Zug habe gestern abend Peking mit Ausländern verlassen, die nach den Vereinigten Staaten und nach England zurückkehren wollten. Peking selbst sei noch ruhig. Man treffe jedoch Verteidigungsmaßnahmen.

Tientsin, 28. Okt. Außer amerikanischen Kriegsschiffen sind britische, französische und italienische Kanonenboote, sowie zwei japanische Torpedobootzerstörer auf dem Fluß der Unter gegangen. Viele Truppeneinheiten aus Shanghai waren auf ihre weiteren Befehle nach Peking.

manches Gute nachzurufen; so wurden vor allem die eminenten Schwierigkeiten der technischen Einrichtung durch Direktor Emil Burkard befriedigend gelöst. Trotz verhältnismäßig einfacher Ausstattung hatten auch seine verschiedenen neu entworfenen Bühnenbilder starke Eigenprägung. Den Dekorationen paßten sich die neuen Kostüme nach Entwürfen des H. Schellenbergs gut an. Die musikalische Wertung des Stückes war im ganzen adäquat, wenigstens sie vom Ideal einer Aufführung, wie sie den Schöpfern vorgeschwebt haben mag, reichlich entfernt blieb. Am meisten befriedigte unter den Solisten Wäke Hans als Minneleide, die glänzende Schulung ihres schönen Organs kam zu vollstem Ausdruck. Wäke Kentwig hätte seinen Siegnut doch um einige Grade individueller färben dürfen. Th. Deuter als Sangesmeister entfaltete sowohl stimmlich wie darstellerisch, O. Wucherpfennig als Waffenmeister wirkte dagegen vorteilhaft. In kleineren Rollen bewährten sich Albert Peters (Moormann) und die Damen Wäke, Wenzel, Rys, Jochisch u. a. Als Träger einer Hauptrolle ist Walter Warth noch zu nennen. Alfred Lorenz bestand es als musikalischer Leiter, all die vielen Kräfte, die das Werk benötigt, wenn auch ohne subtileres Eindringen, so daß wenigstens straff zusammenzuhalten. Das Orchester sang mitunter außerordentlich gut. Die Regie lag in den Händen Carl Stangs. Er kam dabei über konventionelles nicht weit hinaus; Einzelheiten, wie etwa im ersten Akt die grotesken Bewegungen, die er den Moosmännern und Mooswäben aufnötigt, während vorne mit wahren Ernst gesungen wird, stören. Auch die fälschliche Anordnung des Festtages im Vorspiel befremdet. Von dieser Seite her wäre aber an der Note manches gründlich zu ändern, wenn sie der heutigen Generation überhaupt noch etwas bedeuten soll. Unbedingt sind auch einige Kürzungen zu empfehlen, damit das zart nuancierte und romantisch skizzierte Empfinden, wo es echt ist, deutlicher hervortritt. Eine Repertoireoper mit voller Zugkraft wird das Werk allerdings trotzdem niemals werden können, aber es doch immerhin zu einigen Aufführungen bringen, die die aufgewendete Zeit und Arbeit lohnen.

H. Sch.
Major a. D. v. Parsival als Hochschullehrer. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus München ist für den neu zu errichtenden Lehrstuhl für Flugwesen an der Münchener Technischen Hochschule Professor Major a. D. von Parsival vorgeschlagen.

Wu-Pei-Fu, der in seiner Heimatstadt zurückgeblieben ist, hat die Konsulate, noch einige Tage in der Stadt bleiben zu dürfen.

Kurze Nachrichten

Konferenz über Erwerbslosenfürsorge. In Dresden ist auf Einladung des Reichsarbeitsministers eine Konferenz der deutschen Länder zusammengetreten, die sich mit der Frage der unterstützenden und produktiven Erwerbslosenfürsorge befaßt.

Das Kaiserlich Japanische Generalkonsulat München teilt uns mit: Der Leiter des im Jahre 1903 in München errichteten Kaiserlich Japanischen Konsulats, Konsul Eward Schüssel, wurde mit Wirkung vom 22. Oktober 1924 zum Kaiserlich Japanischen Honorar Generalkonsul ernannt. Die Amtsräume befinden sich wie früher Königsstraße 85.

Deutschlithauische Verhandlungen zur Regelung der sich aus dem Übergang der Staatshoheit über das Memelland auf Litauen sich ergebenden Fragen wurde in Berlin eröffnet. Bemerkenswert ist, daß sich unter den litauischen Vertretern kein einziger Memellanddeutscher mit Ausnahme des Leiters der memelländischen Landesversicherungsbankstalt Magies befindet.

Antrag auf Auflösung des Braunschweigischen Landtags. Wie aus Braunschweig gemeldet wird, brachte die sozialistische Landtagsfraktion bei ihrer Landesversammlung einen Beschlussesentwurf ein, wonach sich der Landtag am 6. Dezember auflösen und die Neuwahlen am 7. Dezember stattfinden sollen.

Zusammenstöße in Breslau. Anlässlich der Einweihung eines Gedenksteines für die Gefallenen in einem Vorort Breslaus kam es zwischen den Teilnehmern (Stahlhelmmangehörigen) und Angehörigen des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ zu blutigen Zusammenstößen, wobei es über 20 Verletzte gab, darunter mehrere ziemlich schwer. Die Gegner schlugen mit Ratten aufeinander los, die sie von einem an der Straße befindlichen Zaun rissen.

Die außerordentliche Sitzung des Völkerverbundes wurde Montag nachmittag in Brüssel unter dem Vorsitz Symans eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen des englisch-litauischen Konflikts und die Ausweisung der Griechen aus Konstantinopel. Für Großbritannien legte Lord Rammor, für die Türkei Fethi Bey die Standpunkte ihrer Regierungen in der Frage des englisch-litauischen Konflikts dar. Die Angelegenheit wurde an den Vertreter der Pranting verwiesen, der eine Frist verlangte.

Die österreichischen Monarchisten. Der Dritte Parteitag der österreichischen Monarchisten in Wien beschloß die Umwandlung der Partei in eine konservative Volkspartei, die es nicht ablehnt, in der Republik als „Übergangsform“ mitzuarbeiten, um die Heimat vor Schaden zu bewahren.

Badischer Teil

„Landtagswahlen in Baden?“

Zu dieser Frage haben wir uns bereits gestern kurz geäußert und auch zwei Pressestimmen wiedergegeben. Im nachstehenden lassen wir noch einige Zeitungen sprechen. Für die Demokraten nimmt das Wort die „Neue Badische Landeszeitung“ in Mannheim. Sie sagt:

„Es hat wirklich keinen Sinn, die fortwährenden Parlaments- und Regierungskrisen des Reiches nun auch noch in die Länder hineinzutragen. Man sollte froh sein, wenn man — wie das in Baden glücklicherweise der Fall ist — wenigstens im Lande ein arbeitsfähiges und arbeitswilliges Parlament hat und sollte dessen sachliche Arbeit nicht dadurch stören, daß man die Schwierigkeiten und Unruhen, unter denen man im Reich mehr als genug leidet, nun auch noch künstlich in dieses Parlament hineinverpflanzt. Allerdings ist es auch gar nicht so einfach, den badischen Landtag nach Hause zu schicken, denn eine Landtagsauflösung kann nur auf Grund einer Volksabstimmung erfolgen. Es würde sich aber wirklich nicht lohnen, diesen großen Apparat aufzubieten, denn im nächsten Jahre geht der Landtag ohnehin zu Ende und müssen Neuwahlen vorgenommen werden.“

Beachtlich ist auch, wie sich der „Bad. Beobachter“, das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei, zu der Sache stellt. Wir lesen da:

„Im Zentrum hat man zwar noch keine Beschlüsse gefaßt, aber soweit wir beobachten können, würde die Auflösung des Landtags, die der Landtag selber mit verfassungsmäßiger Mehrheit beschließen könnte, in Zentrumskreisen wohl meist auf Zustimmung rechnen können. Selbstverständlich kann nur der Landtag selber, nicht etwa die Regierung für sich, oder wie im Reich der Präsident die Vollmacht zur Auflösung des Landtags erteilen.“ Der „Beobachter“ nimmt dann Bezug auf die auch von uns gestern wiedergegebene Notiz der „Südd. Ztg.“ über angebliche technische Unmöglichkeit und bemerkt zum Schluß: „Wir sind nicht der Ansicht, daß die Frage technisch bis zum 7. Dezember unlösbar wäre. Und die Frage nach der Koalition kann selbstverständlich immer nur nach den Wahlen gestellt werden, auf deren Ausgang alle Koalitionsbetrachtungen führen müssen, wenn sie realpolitischen Wert haben sollen.“

Recht scharf äußert sich die sozialdemokratische „Mannh. Volksstimme“, die im Gegensatz zum „Volksfreund“ sich gegen die Auflösung des Landtags wendet. Sie schreibt:

„Es scheint uns nach der bad. Verfassung vom 21. März 1919 die Auflösung des Landtages auf dem Wege, den die „Südd. Ztg.“ andeutet, überhaupt nicht zulässig zu sein. Der einschlägige § 46 der Verfassung kennt nur Ablauf der Landtagsperiode die Parlamentsauflösung nur durch Volksabstimmung. Wenn sie „von 80 000 stimmberechtigten Staatsbürgern verlangt wird, und bei der binnen einem Monat vorzunehmenden Volksabstimmung die Mehrheit der stimmberechtigten Staatsbürger diesem Verlangen beigetreten ist“, ist „der Landtag durch das Staatsministerium alsbald aufzulösen“. Einen anderen Weg kennt die Verfassung nicht, und die Bestimmung der ursprünglichen (Regierungs-) Vorlage der Verfassung, nach der der Landtag das Recht haben sollte, sich durch eigenen Beschluß aufzulösen, wurde seinerzeit durch Mehrheits-Beschluß gestrichen. Ebenso ist der Gedanke, dem Staatsministerium das Recht zu geben, nach eigenem Ermessen den Landtag aufzulösen, in der Kommission zwar erwohnt, aber gleichfalls abgelehnt worden, weil es als nicht angemessen erachtet wurde, dies Recht dem Staatsministerium einzuräumen, das doch vom Landtag selbst gewählt wird und ihm auch untersteht.“

Nach den bestehenden Verfassungsbestimmungen kämen die Freunde und Interessenten der Landtagsauflösung also um die Volksabstimmung nicht herum; und selbst wenn sie an diese appellieren und damit Erfolg haben würden, wäre die Möglichkeit, die Neuwahlen zum Landtag noch gleichzeitig mit denen zum Reichstag vornehmen zu können, natürlich

ausgeschlossen. Für die in Betracht kommenden Fristen und verwaltungstechnischen Vorbereitungen wäre die zur Verfügung stehende Zeit von nicht ganz sechs Wochen viel zu kurz. Wie die Weg einer Verfassungsänderung ad hoc, für die nach § 48, Absatz 3 der Verfassung die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln bei Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder des Landtags erforderlich ist. Die Demokraten lehnen die Auflösung ab; die Sozialdemokratische Partei wird sich die Sache gründlich zu überlegen und insbesondere die Frage zu prüfen haben: Cui bono? Wer hat den Vorteil davon?“

Kommunistenverhaftung in Mannheim

Mannheim, 28. Okt. Der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Kessler ist heute hier verhaftet worden.

Das gerichtliche Nachspiel der Unruhen in Oberbaden

Leipzig, 27. Okt. Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes tritt am 13. November in Freiburg zu einer Tagung zusammen. Zur Verhandlung kommen in der Hauptsache die kommunistischen Unruhen im Wiesental. Zu verantworten haben sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Zugehörigkeit zu staatsfeindlichen Vereinigungen, Einbruchsdiebstahl, Erpressung, Begünstigung hierzu, wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und gegen die Verordnung über den Waffenbesitz der Kommunisten Herzen und 39 Genossen. Die Verhandlungen, zu denen etwa 100 Zeugen geladen werden, dürften sich sehr umfangreich gestalten und etwa 14 Tage in Anspruch nehmen. Außerdem stehen zwei kleinere Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen Geisert bezw. Erjing und Boede an.

Aus der Landeshauptstadt

Das neue Heim der badischen Beamtenbank

Die in den ehemaligen Räumen der Rheinischen Creditbank am Birkel überfiedelt ist, wurde am Montag mit einer feierlichen Feier in Gegenwart von Vertretern der Stadt und industrieller Unternehmungen eröffnet.

Im Sitzungssaal der Bankgebäude begrüßte Regierungsrat Schumann im Namen des Aufsichtsrates und Vorstandes die Gäste, und warf dann einen Rückblick auf die Tätigkeit der Beamtenbank. 28 000 Mitglieder, das sind nahe zu 1/3 des gesamten badischen Beamtenstandes, gehören der Bank an. Die Hauptziele der Bank sind das Anheben und Anlegen von Geldern in rationaler Weise. Darüber hinaus sei die Einrichtung der Bank geeignet, die Wirtschaftlichkeit des Beamtenhaushalts zu erhöhen und bei Notlage helfend und unterstützend einzugreifen. Aus der Geschichte des vor drei Jahren gegründeten Bankinstituts ist erwähnenswert, daß zunächst Räume des Kasse Kowak, dann Karlstraße 40 und schließlich die Wudungsabteilung in der Karlsruher Lebensversicherung verwendet wurden. Die Entwicklung der Bank machte aber so rapide Fortschritte, daß man ein neues Heim vorzusehen mußte, für das die Hypothek angekauft wurde. Aber auch hier sei die Ausdehnung des Unternehmens so fortgeschritten, daß man den Plan eines Umbaus fallen lassen mußte. Schließlich ging man dazu über, das Gebäude der Rhein. Creditbank käuflich zu erwerben. Man hoffe auch in den neuen Räumen auf ein neues erspriechliches Gedeihen des Unternehmens.

Darauf wurde unter Führung der leitenden Herren ein Rundgang durch das Gebäude angetreten, das durch eine Reihe von neuen Einrichtungen und Verbesserungen für die besondern Zwecke dienlich gemacht worden ist.

Die Gäste fanden sich darauf zu einem Imbiß ein, bei dem einige Ansprachen gehalten wurden. Landrat Schmale drückte im Namen des Bad. Beamtenbundes und des Kartells der Beamtenvereine Badens den Stolz darüber aus, daß das Unternehmen ganz allein durch den Zusammenhalt der Beamten geschaffen worden sei. Es sei nicht zuletzt auf die tüchtige Leitung zurückzuführen. Bürgermeister Saucer sprach im Namen der Stadtverwaltung. Ministerialdirektor Bernauer im Auftrag der Behörden des badischen Staates. Der Präsident der Handwerkskammer, Nemann im Namen der beruflichen und wirtschaftlichen Spitzenorganisationen. Zum Schluß dankte der Vorstand, Oberlehrer Graf, den staatlichen, städtischen Behörden und den Handels- und Industriekreisen, die mit der Beamtenbank Geschäftsbearbeitung angeknüpft haben.

Bereits am Samstag hatte die Beamtenbank ihre Angestellten und Mitarbeiter neben ihren Angehörigen und die Vertrauensleute der Bank zu einer internen Feier im „Löwenrathen“ eingeladen.

Wie ein Film entsteht

Die badischen Lichtspiele brachten den angekündigten Film über den Film, zu dem Dr. Kalsus von der Ika-Berlin der erläuternden Vortrag hielt. Eigentlich sei der Film eine Täuschung — allerdings eine optische. Dadurch, daß das Auge den aufgenommenen Bildenbrud eine Zeitlang (die Gelehrten seien sich noch nicht einig, ob es eine 1/2 oder 1/3 Sekunde ist), bewahrte, auch wenn schon ein anderes Bild das Auge treffe, erscheinen die Bilder beweglich, wenn das neue Bild eine andere Phase der Bewegung darstelle. Mit der Vervollkommenheit der photographischen Apparate durch den Deutschen Anschließ und die Edisonische Verwendung der perforierten Bildstreifen war der Kinetograph geboren. Mehr hat das Verdienst, den ersten brauchbaren Apparat konstruiert zu haben. Von da an begann der Siegeslauf des Films im Dienste der Kultur, der Unterhaltung und der Neugier. Es gibt kein Gebiet, das er sich nicht erobert hätte. In erster Linie war es die Dramatik, die man in den Diensten des Films zwang. Was an Gesellschafts- und Kunstreuen hauptsächlich aber an historischen und Sagenfilmen hervorgebracht wurde, sei außerordentlich umfangreich. Es war nur höchst interessant, einen Blick in die Werkstatt des Filmregisseurs zu tun, in der wir das Werden eines Großfilms erleben. Die eigenartige Technik, die hier mit Beziehung auf Szene, Massenführung und Ausstattung notwendig ist, zeigte auch die Schwierigkeiten, die sich im Reiche der Schwarz-Weiß-Kunst ergeben. Die Bedeutung des Films erhellt auch daraus, daß man heute längst verklungene Zeiten wieder ins Leben rufen kann. Der Film wird auch noch am heutigen Dienstag und morgen Mittwoch abend vorgeführt.

Zum Gräberbesuch in Elßaß-Lothringen wird noch mitgeteilt, daß vor den französischen Behörden anstelle der Reisepässe auch die zum Betreten des besetzten Gebietes bestimmten grünen Personalausweise als hinreichende Ausweise zum Grenzübertritt nachträglich zugelassen wurden.

Die Automaten für Bahnsteigkarten kehren wieder. Mit der weiteren Annäherung an die Friedensverhältnisse kommen nunmehr in Kürze auch wieder die Bahnsteigkarten-Automaten zur Verwendung, was im Interesse der schnellen Abwicklung des Schalterverkehrs gleichfalls begrüßt werden wird.

